Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlage-Nr:	**23/AFR/1442**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Rainer Witt, sachkundiger Einwohner, und Ingolf Schneider, Fraktion AfD
Datum:	09.06.2023

Entwicklungen im Aufarbeitungsprozess der Oder-Umweltkatastrophe 2022

Beratungsfolge:

Datum	**Gremium**
13.06.2023	Dezernentenberatung
14.06.2023	Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz

Anfrage:

Laut jüngsten Medienberichten (MOZ, rbb24) gestalten sich die Aufarbeitung der Ursachen der Umweltkatastrophe in der Oder des vergangenen Jahres und deren mögliche Vermeidung in der Zukunft zwischen der deutschen und der polnischen Seite offenbar recht schwierig. Zu der Oder-Konferenz des Bundesumweltministeriums am 06.06.2023 in Schwedt sagte die polnische Umweltministerin Moskwa kurzfristig ihre Teilnahme ab. Auch bei einem Treffen mit ihrer deutschen Amtskollegin Lemke am 07.06.2023 in Slubice wurde deutlich, dass über die Ursachen und Folgen wohl teils stark divergierende Ansichten bestehen, und Deutschland und Polen sich weiterhin uneins sind über die Maßnahmen gegen eine drohende Wiederholung des Fischesterbens.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Verwaltung:

1) Wie sieht seit der Umweltkatastrophe des vergangenen Jahres innerhalb der Doppelstadt Frankfurt-Slubice konkret die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Partnern im Bereich der Prävention, Frühwarnung und Ursachenerkenntnis aus?
   Gab und gibt es hierzu regelmäßige Konsultationen zwischen den Verantwortlichen in der Verwaltung und speziell zwischen dem Oberbürgermeister und seinem polnischen Amtskollegen?

2) Welche Aktivitäten/Maßnahmen strengt die Stadtverwaltung zusammen mit Landes- und Bundesumweltbehörden, mit der Partnerstadt Slubice und polnischen Umweltbehörden an, um die Risiken einer möglichen Wiederholung der Geschehnisse zu vermindern?

3) Gibt es für den Fall einer möglichen Wiederholung der Katastrophe nun einen gemeinsamen deutsch-polnischen Handlungsplan für die Doppelstadt?

4) Welche Kontakte bestehen seitens der Stadtverwaltung zu deutschen und polnischen Umwelt- und Naturschutzverbänden?

5) Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) hat im September 2022 einen "IGB Policy Brief" mit forschungsbasierten Handlungsempfehlungen für Politik und Behörden veröffentlicht. Darin fassen die Forscher zusammen, was aus ökologischer Sicht für eine Erholung und nachhaltige Nutzung der Oder notwendig ist.
   Welche Schlüsse zieht die Stadtverwaltung daraus, welche Handlungsbedarfe ergeben sich dadurch?

6) Bei der Erörterung des Vorfalls in der Oder und den Folgen für die Region auf beiden Seiten der Grenze sprach der OB von einem "funktionierenden Warnsystem", welches aber 2022 offenbar versagt hat.
   Welche Konsequenzen/ Änderungen wurden seitdem in dieses Warnsystem eingearbeitet, und wie sollen diese in der Praxis funktionieren?

Wir bitten um mündliche und schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Anlagen: keine

Diese Anfrage wird:

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	